

## Fadegrad



von  
von Franco Albanese

## Pfefferscharf genarrt

Wie Sie sicher wissen, wäre die Schweiz verpflichtet, kriminelle Ausländer konsequent auszuschaffen. «Wäre», weil das Stimmvolk zwar mit der Annahme unserer Ausschaffungsinitiative dies beschlossen hat, aber Bundesbern in ihrer Überheblichkeit die Umsetzung des Volksverdikts verweigert. Und stattdessen den vom Stimmvolk klar abgelehnten Gegenvorschlag in den Vollzug verpflanzt hat. Da die SVP verhindern wollte, dass dadurch das Volk zum Narren gehalten wird, hat sie umgehend die Durchsetzungsinitiative an die Urne gebracht. Mit dieser Volksinitiative sollte sichergestellt werden, dass ausländische Schwerverbrecher die Schweiz tatsächlich verlassen müssen. Die Gegner behaupteten im Abstimmungswahlkampf, dass es diese Initiative gar nicht brauche, weil der Volksauftrag bereits «pfefferscharf» umgesetzt «wäre». Wie wir leider ebenfalls wissen, verding dieses Argument und führte zur Ablehnung der Durchsetzungsinitiative. Heute müssen wir aber feststellen, dass die Gerichte bei den Ausschaffungen äusserst milde agieren und von einer «pfefferscharfen» Umsetzung des vom Volk beschlossenen Gesetzes nicht die Rede sein kann. Zahlreiche kriminelle Ausländer bleiben in der Schweiz, obwohl sie ihr Gastrecht längst verwirkt haben sollten. Nach der Entlassung ihrer Gefängnisaufenthalte leben diese Personen weiter mitten unter uns und werden oft sogar von unserem Sozialstaat getragen. Wie Bundesbern und die Gerichte den Volksauftrag missachten, muss wütend machen. Viele Bürgerinnen und Bürger ärgern sich zurecht, weil sie sich hinters Licht geführt fühlen. Schnell droht dadurch, in der Bevölkerung eine resignierte Frustration auszubreiten, welche sich in der Frage verdeutlicht: «Warum soll ich überhaupt noch an die Urne gehen, wenn die da oben sowieso machen, was sie wollen?» Diese Reaktion ist durchaus nachvollziehbar, aber leider genauso fatal. Gehen wir nämlich nicht mehr an die Urne, legen wir den Gegenparteien sprichwörtlichen den roten Teppich aus und die freie und sichere Schweiz verliert ihre wichtigsten Fürsprecher. Doch wir dürfen, gerade wenn es um unsere Freiheit und unsere Sicherheit geht, nicht kapitulieren, sondern müssen noch viel entschlossener für unsere angestammten Werte kämpfen. Wenn jeder von uns seine Nachbarn, Freunde und Arbeitskollegen für die Anliegen der SVP begeistern kann, dann gelingt es uns, den erfolgreichen Pfad der Schweiz zu verteidigen. Deshalb zählt jede Stimme, die wir am 20. Oktober 2019 für unsere Volksvertreter in Bern zum Wohle der Allgemeinheit geben, doppelt. Gewinnt die SVP, merkt Bundesbern, dass das Volk da ist und sich nicht täuschen lässt. Wir zählen weiterhin auf Ihre Unterstützung!

## RATSBERICHTSERSTATTUNG AUS DEM GEMEINDERAT VOM 03. JULI 2019

## Gestaltungsplan Thurgauerstrasse an die Kommission zurückgewiesen

An der heutigen Ratssitzung sind Vorlagen des Hochbaudepartements traktandiert. Dabei geht es schwerpunktmässig um die Vorlagen zum «öffentlichen Gestaltungsplan Thurgauerstrasse» mit den Teilgebieten A und B. Es handelt sich hier um die Neugestaltung eines Gebiets zwischen der Thurgauer- und der Grubenackerstrasse in Zürich-Seebach. Heute besteht das Gebiet hauptsächlich aus Familiengärten, die im Zuge der Neugestaltung zum Bedauern vieler Quartierbewohner verschwinden werden.



Roberto Bertozzi  
Gemeinderat Zürich  
Kreis 12, Zürich

Mit der Weisung 2018/87 an den Gemeinderat zu den Teilgebieten A beabsichtigt der Stadtrat Folgendes: «Mit dem öffentlichen Gestaltungsplan [...] werden die Voraussetzungen für ein breites und vielfältiges Angebot an Wohn-, Gewerbe- und gemeinschaftlichen Flächen geschaffen, um innovative Wohnformen sowie individuelle Kombinationen von Wohnen und Gewerbe unter einem Dach zu ermöglichen.

Gemäss den in der Gemeindeordnung der Stadt Zürich [...] festgehaltenen Vorgaben soll der Anteil preisgünstiger Wohnungen und Gewerberäume wie auch der Anteil der gemeinnützigen Wohnbauträgerinnen auf einen Drittel aller Wohnungen erhöht werden. Die Stadt beabsichtigt, rund 32 000 m<sup>2</sup> [...]

mittels Baurechtsverträgen an verschiedene gemeinnützige Bauträgerschaften abzugeben, wobei auf einem Teil dieser Fläche auch der Bau einer kommunalen Wohnsiedlung in Betracht gezogen werden kann. Als Baurechtsnehmende kommen städtische Stiftungen und Baugenossenschaften infrage. Im Teilgebiet A mit einer Fläche von rund 5000 m<sup>2</sup> steht derzeit der Bau eines neuen städtischen Alterszentrums kombiniert mit Alterswohnungen der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich im Vordergrund. Insgesamt sollen auf dem Areal Thurgauerstrasse in Zukunft rund 700 Wohnungen entstehen.»

## Standpunkt der SVP

In der Fraktionserklärung «Verdichtung à gogo», die von Thomas Schwendener im Rat vorgelesen wird, weist die SVP darauf hin, dass die Stadt Zürich durch den Bau des neuen «Megablocks» an der Thurgauerstrasse zunehmend an ihre baulichen Kapazitäten stösst und so ihre letzten grossen Baulandreserven aufbraucht.

Zudem wird in der Fraktionserklärung die mangelnde Erschliessung der Zu- und Wegfahrten zum Grubenackerquartier und der Abbau von Parkplätzen scharf kritisiert.

So möchte der rotgrüne Stadtrat einmal mehr dem Gewerbe und den Arbeitnehmenden die dringend benötigten Parkplätze schrittweise streichen.

Auch die geplante Reduktion an der Thurgauerstrasse auf Tempo 30 wird von der SVP mit Unverständnis zur Kenntnis genommen.

Bei der Thurgauerstrasse handelt es sich um eine zentrale Verkehrsachse. Aus den genannten Gründen weist die SVP-Fraktion die Vorlage zur «Thurgauerstrasse Teilgebiete A und C-F Wohnen/Gewerbe» mit Entschiedenheit zu-

rück und wünscht sich eine quartierverträglichere Lösung. Der folgenden Weisung, die Schwester-Vorlage «Thurgauerstrasse Teilgebiete B Schule/Quartierpark» stimmt die SVP grundsätzlich zu. Diese umfasst eine dringend benötigte Schule und einen Quartierpark, der das Quartier aufwerten soll.

## Weisung muss zurück zur Überarbeitung

Nach einer vertieften Diskussion entscheidet der Rat mit grosser Mehrheit, die Weisungen zu den Teilgebieten A «Thurgauerstrasse Teilgebiete A und C-F Wohnen/Gewerbe» und «Thurgauerstrasse Teilgebiete B Schule/Quartierpark» an die zuständige Kommission zurückzuweisen, damit diese die Weisungen überarbeiten und zu einem späteren Zeitpunkt dem Rat nochmals vorgelegen kann. Ebenso werden die an diesem Abend traktandierten Begleitweisungen abgesetzt, da eine Diskussion zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn macht.

## FRAKTIONSERKLÄRUNG SVP

## Verdichtung à gogo

Die stetig wachsende Stadt gerät wegen der zunehmenden Anforderungen an die Erweiterung ihrer Infrastruktur immer mehr an den Rand ihrer Kapazitäten. Die Stadt ist daran, ihrer letzten grossen Baulandreserven zu verbauen.

So soll an der Thurgauerstrasse ein erdrückender Megablock entstehen, was zu einer weiteren überhasteten Verdichtung führt. Ob die vorgesehene auflockernde Boulevardstrasse entlang dem Gebäude tatsächlich realisiert werden kann, stellt die SVP infrage. Auch die geplanten Erdgeschossnutzungen führen nicht automatisch zur gewünschten Belebung, vor allem dann nicht, wenn Laufkundschaft und Parkplätze fehlen.

Kritisch betrachtet die SVP auch die Erschliessung der Zu- und Wegfahrten zum Grubenackerquartier und eine fehlende sinnvolle Querverbindung für den Verkehr. Es ist fahrlässig, die Thurgauerstrasse, eine der zentralen Verkehrsachsen der Stadt Zürich, überhastet auf Tempo 30 reduzieren zu wollen.

Nicht zuletzt weil diese auch das Quartier Seebach verkehrstechnisch entlastet. Einmal mehr will der rotgrüne Stadtrat dem Gewerbe und den Ar-

beitnehmenden aus der Region ihre dringend benötigten Parkplätze schrittweise streichen, ganz nach dem Motto: «Zuerst autoarm, dann autofrei!»

Aus diesen Gründen weist die SVP diese «High-Speed-Verdichtungs-Vorlage» zurück und wünscht sich eine quartierverträglichere Lösung. Dem Teilgebiet B stimmt die SVP allerdings zu. Dieses umfasst eine dringend benötigte Schule und einen Quartierpark, der das Quartier aufwertet.

Bei privaten Bauprojekten äussern sich die linken Parteien jeweils kritisch, wenn der Boden versiegelt, grosse offene Freiflächen verschwinden oder wichtige Luftkorridore verbaut werden.

Wenn der Staat das Gleiche tut, schauen sie weg.

SVP-Gemeinderatsfraktion der Stadt  
Zürich

## Weitere Auskünfte:

Thomas Schwendener  
Gemeinderat und SPK HBD/SE  
Tel. 079 405 58 00

Maria del Carmen Senoran  
Gemeinderätin und SPK HBD/SE  
Tel. 079 231 36 37

## Auf Facebook aufgefallen

Stephan Iten  
Sonntag um 19:04 · 🌐

Ich weiss, Umfragen von TeleZüri sind nicht repräsentativ. 😊

TED

Sind Sie für den Abbau von Parkplätzen zugunsten von Velorouten?

JA 8 %  
NEIN 92 %

ZÜRINEWS

👍👎 23 4 Kommentare 1 Mal geteilt

## DIE PARKPLATZ-TOTENGRÄBER SCHLAGEN WIEDER ZU

## SP-Verrat am historischen Parkplatz-Kompromiss

Die Stadtzürcher SP als Partnerin des in den 1990er-Jahren in zähem Ringen zwischen links und rechts ausgehandelten, historischen Parkplatzkompromisses will diesen nun, nicht mit einem Urknall, sondern peu à peu mit verschiedenen Attacken zu Fall bringen.



Stephan Iten  
Gemeinderat SVP  
Zürich 11

Die JUSO blasen der SP-Fraktion im Zürcher Gemeinderat den Parkplatz-Killer-Marsch.

In einer Resolution verlangen sie eine schärfere Verkehrspolitik der SP unter dem Titel «Platz für klimafreundlichen Verkehr».

## 40 Prozent Veloverkehr?

Was heisst das? Da lassen die Jungsozialisten wie auch die SP keinen Interpretationsspielraum offen: «Eine Reduktion der Parkplätze ermöglicht Platz für klimafreundlichen Verkehr, Platz für Velorouten, Platz für die Öffent-

lichkeit und für die Quartierbevölkerung. Die SP fordert eine deutliche Reduktion (über- und unterirdisch) der Autoparkplätze in der Stadt Zürich und insbesondere in der Innenstadt.»

Zufälligerweise geistert gleichzeitig eine Botschaft der Stadtberner Verkehrsverantwortlichen Ursula Wyss durch die Medien, die da lautet: «40 Prozent Veloverkehr in der Stadt sind möglich».

Die SVP der Stadt Zürich protestiert in aller Form gegen diese konzertierte Neubelebung des Parkplatzkrieges in Zürich, der keine Ergebnisse, nur verhärtete Fronten bringt.

1996 raufte sich linke und rechte politische Kräfte zum Kompromiss zusammen, der besagt, dass die Zahl der kunden- und besucherorientierten Parkplätze stabil bleiben soll und dass oberirdisch abgebaute Parkplätze unterirdisch kompensiert werden. Als posi-

ves Ergebnis auf der Basis dieses Kompromisses kam beispielsweise der Neubau des Parkhauses Gessnerallee zustande. Warum nun die SP auf Druck ihrer jungen Heisssporne Verrat an den einstigen Abmachungen begeht, ist unverständlich.

Diese Politik geht eindeutig zulasten des innerstädtischen Gewerbes, das zur Existenzsicherung dringend auf den Umsatz von Parkplatz-Kunden angewiesen ist.

Um es deutlich zu sagen: Mit ihrer Politik schädigt die SP das Gewerbe und befördert den Veloverkehr. Wieder einmal ein krasses Beispiel von linker Klientel-Politik.

## Radikale Verkehrsschikanen

Nebst dem Parkplatzkompromiss gibt es auch noch das übergeordnete Recht, das verlangt, dass die Versorgung sichergestellt werden muss. Die Erfül-

lung dieses Ziels wäre mit den radikalen Verkehrs-Schikanen der SP nicht mehr gewährleistet!

Auch mit einem Parkplatz-Kahlschlag werden die Autos nicht weniger. Die Statistik der Stadt Zürich zeigt, dass die Anzahl an Fahrzeugen konstant bleibt, auch wenn sie prozentual zum Bevölkerungswachstum minim sinkt. Eine Reduktion der Parkplätze hat also mehr Suchverkehr zufolge, was dem Klimaziel nicht weiterhilft, denn Suchverkehr produziert unnötig Emissionen und CO<sub>2</sub>-Ausstoss.

Die SVP steht hinter den Abmachungen und wehrt sich gegen die Auflösung des Parkplatz-Kompromisses. Wir stehen ein für das Gewerbe und den Detailhandel und für die freie Wahl der persönlichen Mobilität.

Die Parkplätze sind existenziell wichtig für das Leben in der Innenstadt und für das Gewerbe. Die SVP kämpft mit allen Mitteln für die vernünftigen Abmachungen im Parkplatz-Kompromiss und für eine lebendige und gut durchmischte Zürcher Innenstadt.